

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

18. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 15. Februar 2006

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 16/611)

1273 D

Mündliche Frage 34

Petra Pau (DIE LINKE)

Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutz von Arbeitnehmerdaten

Antwort

Gerd Andres, Parl. Staatssekretär BMAS

1287 B

Zusatzfragen

Petra Pau (DIE LINKE)

1287 C

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Damit sind wir bei der Frage 34 der Kollegin Petra Pau:

Beabsichtigt die Bundesregierung, im Laufe dieser Legislaturperiode dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes zum Schutz von Arbeitnehmerdaten zuzuleiten?

Kollege Staatssekretär, bitte sehr.

Gerd Andres, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Frau Kollegin Pau, nach Auffassung der Bundesregierung ist es sinnvoll, vor einer nationalen Kodifikation die Überlegungen der Europäischen Kommission für einen Gemeinschaftsrahmen zum Schutz der Arbeitnehmerdaten abzuwarten. Diesen Punkt hat auch der Deutsche Bundestag in seiner Entschließung zum 19. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz gesehen, indem er auf die Überlegungen der Kommission für einen solchen Gemeinschaftsrahmen hingewiesen hat. Dies ist in der Bundestagsdrucksache 15/4597 nachzulesen. Die Sachlage ist insoweit unverändert.

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. – Herr Staatssekretär, Ihnen ist genau wie allen anderen Mitgliedern des Hohen Hauses sicherlich bekannt, dass ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz seit 1986 aussteht und dies seitdem in Entschließungen des Deutschen Bundestages an die wechselnden Bundesregierungen regelmäßig gefordert wird. Deshalb interessiert mich der von der

Bundesregierung in Aussicht genommene Zeitrahmen. Wann, denken Sie, werden wir in der Bundesrepublik ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz haben?

Gerd Andres, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Ich kann Ihnen nicht sagen, wann wir ein solches Gesetz haben werden. Wenn ich das könnte, ginge es mir wahrscheinlich viel besser. Ich kann nur das wiederholen, was ich Ihnen eben schon geantwortet habe: Wir warten auf das, was die Europäische Kommission dazu machen wird. Die Bundesregierung hält weiterhin an dem Vorhaben, ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz zu machen, fest. Dies wird nicht aufgegeben. Aber wir wollen doch sehen, was dazu auf europäischer Ebene passiert. Das hatte ich Ihnen in meiner Antwort schon mitgeteilt.

Petra Pau (DIE LINKE):

Es tut mir Leid, dass es Ihnen offensichtlich nicht so gut geht, wie es sein sollte.

Mich interessiert dann noch, ob die Bundesregierung beabsichtigt, auf europäischer Ebene initiativ zu werden, um diesen Prozess vielleicht zu inspirieren oder gar zu beschleunigen, damit wir auch national weiterkommen.

Gerd Andres, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Wir haben Erfahrungen damit, wie bestimmte Dinge beschleunigt werden können. Wir haben in Brüssel unser Interesse bekundet. Wir werden das gerne wieder tun. Aber, wie gesagt, wir wollen gerne abwarten, was die Kommission dazu für Vorstellungen hat. Diese soll sie erst einmal vorlegen.